

16.04

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Herr Staatssekretär! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Werte Besucherinnen und Besucher! Herr Magister Molterer, Sie haben vollkommen recht: Wir haben hier beschlossen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln diese Krise zu bekämpfen. Und wenn Sie diesen Antrag heute hier stellen würden, dann wäre der Beschluss wieder einstimmig, weil es im Interesse aller Parteien in diesem Hohen Haus ist, diese Krise zu bekämpfen und so schnell wie möglich zu einem gesunden Wachstum zurückzukehren und die Bevölkerung nicht zusätzlich belasten zu müssen. Es ist nur der Zugang der einzelnen Parteien zu diesen zur Verfügung stehenden Mitteln ein vollkommen anderer, und diese Regierung hat bis vor einigen Wochen ja steif und stur hier behauptet, dass dieses Budget rein ausgabenseitig zu sanieren ist. – Ich erinnere an viele Aussagen des Herrn Vizekanzlers, aber auch des Herrn Bundeskanzlers.

Die Einzigen, die schon vor Monaten davor gewarnt haben, dass es ausgabenseitig nicht gehen kann, waren die Grünen. Ich erinnere an Kollegen Kogler, an Kollegen Van der Bellen, der schon vor Monaten gesagt hat, dass eine Sanierung dieses Budgets rein ausgabenseitig nicht machbar ist, und die Regierung hat damals diese zwei Herren ausgelacht. (*Vizekanzler Dipl.-Ing. Pröll: Nein!*) Ja, selbstverständlich! Sie haben das verneint! Bis vor einigen Wochen haben Sie gesagt, das Budget ist rein ausgabenseitig sanierbar und eine Steuererhöhung kommt nicht in Frage. (*Vizekanzler Dipl.-Ing. Pröll: Nein!*) Nur über meine Leiche!, haben Sie gesagt – aber Sie leben immer noch (*neuerliche Zwischenbemerkung von Vizekanzler Dipl.-Ing. Pröll*) und Sie reden jetzt nur von Steuerbelastungen.

Herr Bucher, Sie haben in sehr vielen Dingen recht. Das Einzige, mit dem Sie Unrecht haben, ist Folgendes: Sie haben gesagt, dass eine schwarze Steuerwolke über Österreich hinwegziehen wird. – Diese Einschätzung ist falsch, denn die schwarze Steuerwolke bleibt über Österreich stehen, und nach den Wiener Wahlen und nach den Steiermark-Wahlen wird ein roter Blitz einschlagen und dann wird sich das Ganze als Dauerregen über diese Bevölkerung ergießen, diese Steuerbelastung, die hier auf uns zukommt. Genau das ist der Fall, der hier passiert. (*Beifall bei der FPÖ. – Abg. Grosz – das Foto eines rauchenden Vulkans in die Höhe haltend –: Hat eine gewisse Ähnlichkeit!*)

Vor vier oder fünf Stunden hatten wir hier die sogenannte Aktuelle Europastunde, die aktuelle Stunde zur Europapolitik, und von den Regierungsparteien – sowohl von Rot

als auch von Schwarz – ist immer gekommen: Ja, das Wirtschaftswachstum in Europa ist im Vergleich zu Indien, zu China und zu sonstigen Wirtschaften auf dieser Welt furchtbar schlecht.

Wir reden von einem Wirtschaftswachstum in Europa von 1 Prozent, in Österreich reden wir von 1,3 Prozent, und alle haben gesagt: Dieses zarte Pflänzchen muss jetzt erhalten werden, muss gegossen werden und muss weiter wachsen, weil erst ein Wirtschaftswachstum ab 1,6 bis 2 Prozent dann wirklich wieder der Wirtschaft hilft und vielleicht auch hilft, in Zukunft Steuern wieder zu senken.

Jetzt, fünf Stunden später, geht es nur darum, dass man Ihnen – und Sie selbst übertreffen sich da gegenseitig – das Finden von neuen Vorschlägen für neue Steuern vorwirft. (*Vizekanzler Dipl.-Ing. Pröll: Wann?*) Wie könnten neue Steuern heißen? Wie hoch sollten sie sein? Was muss da hereinkommen? – Sie gefährden damit dieses Wirtschaftswachstum!

Glauben Sie den Herren Felderer und Aiginger, Ihren eigenen Experten – dass Einzige, wo ich ihnen recht gebe –: Jede zusätzliche Diskussion über Steuererhöhungen gefährdet das Wirtschaftswachstum.

Jetzt ist das Wirtschaftswachstum einer der wichtigsten Parameter, um überhaupt die Strategie für die nächsten Jahre festzumachen: Um ein Budget für die nächsten Jahre zu erstellen, ist der wirklich wichtigste Punkt dieses Wirtschaftswachstum, weil von diesem sehr viel abhängt. Und wenn Sie heute dieses Wirtschaftswachstum gefährden und Österreich im heurigen Jahr nicht 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum hat sondern unter 1 Prozent, dann können Sie Ihr Strategiepapier ohnehin einstampfen und neu formulieren beziehungsweise neu berechnen, weil Ihre ganzen Zahlen nicht mehr stimmen und es deswegen falsch ist.

Was ich kritisieren an Ihnen, ist, dass Sie 90 Prozent Ihrer Energie dafür aufwenden, neue Steuern zu erfinden (*Vizekanzler Dipl.-Ing. Pröll: Stimmt ja nicht!*), nachdenken, wie diese Steuern heißen könnten, und nicht darüber nachdenken, welches Einsparungspotenzial Sie wirklich nutzen könnten.

Ich gebe Ihnen schon recht: Wenn Sie die Verwaltungsreform ansprechen – und wir haben in 14 detaillierten Punkten aufgegliedert, wo Einsparungsmöglichkeiten sind –, dann gebe ich Ihnen Recht, dass bei dieser Verwaltungsreform in vielen Dingen diese Einsparungspotenziale nicht im ersten Jahr greifen. Aber dann müssen Sie, um die Wirtschaft nicht zu gefährden, die Güte haben, ein Jahr lang die höhere Verschuldung in Kauf zu nehmen, wenn dann in weiterer Folge ein Einsparungspotenzial von

mehreren Milliarden Euro zur Verfügung steht. – Das erwarte ich von Ihnen als verantwortungsvoller Finanzminister, und nichts anderes. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich kann Ihnen, weil Sie so schlau sind und Ihre ganze Energie dafür verwenden, neue Steuern zu erfinden, ein paar Sachen sagen – denn Sie verschanzen sich ja ausgabenseitig immer nur hinter dem Schlagwort Verwaltungsreform *(Abg. Amon: Davon haben Sie geredet!)* –, was möglich ist: Reform des Gesundheitswesens, Reform des Sozial- und Pflegebereichs, Reduktion und Zusammenführung der Sozialversicherungsträger, Reform im Schulwesen – das wurde heute schon angesprochen –, Reform im Förderungswesen.

Wissen Sie, dass in Österreich 5,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an Förderungen ausgegeben werden? – Das sind aktuell 15,6 Milliarden €! Das ist ein Unding und hier gehört endlich das Transparenzkonto eingeführt *(Zwischenruf des Abg. Amon)*, aber das Transparenzkonto auch für alle Förderungszahlungen: sowohl im Landwirtschaftsbereich als auch im Industriebereich und im Gewerbebereich. *(Beifall bei der FPÖ. – Vizekanzler Dipl.-Ing. Pröll: Unsere Idee! Unsere Idee)* – Ja, wieso machen Sie es dann nicht? Sie sagen immer: Unsere Idee!, aber Sie machen es nicht. Das ist ja das Riesenproblem, das Sie haben. Genau das ist das Problem, das Sie haben!

Thema 350.000 Arbeitslose: Ein Arbeitsloser kostet die Österreicher im Jahr 25.000 €. Da geht es nicht nur um die Arbeitslosenunterstützung, da geht es darum, dass die Pensionsbeiträge bezahlt werden müssen, die Krankenkassenbeiträge bezahlt werden müssen, der AMS-Anteil bezahlt werden muss. 400.000 Arbeitslose kosten dem österreichischen Staat 10 Milliarden € pro Jahr. – Wenn Sie es schaffen, das Wirtschaftswachstum zu forcieren und die Arbeitslosenzahl um 100.000 zu verringern, dann haben Sie mit einem Schlag 2,5 Milliarden € eingespart. Wissen Sie, das bringt Ihnen die CO₂-Steuer nicht, das bringt Ihnen die Mineralölsteuer nicht.

(Zwischenbemerkung von Vizekanzler Dipl.-Ing. Pröll.)

Ein Wort noch zur CO₂-Steuer: Sie wissen, dass – diese sind ganz akut gefährdet – 10.000 Arbeitsplätze in der Transportwirtschaft sofort fallen, wenn Sie die CO₂-Steuer und die Mineralölsteuer einführen beziehungsweise erhöhen – das wissen Sie! –, und weitere 70.000 Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt im Transportgewerbe beschäftigt sind, fallen damit mit. Wir laufen Gefahr, dass wir zusätzlich 100.000 Arbeitsplätze in Österreich verlieren, und nicht um 100.000 Arbeitslose in Österreich weniger haben.

Denken Sie endlich um! Gehen Sie mit Volldampf daran, das Einsparungspotenzial bei den Ausgaben zu nutzen und hören Sie endlich damit auf, über neue Steuern nachzudenken! (*Beifall bei der FPÖ.*)

16.11